

Alarmierende Warnung: Soziale Kluft wächst durch drastische Sparmaßnahmen!

Am 11.04.2025 warnt die Armutskonferenz in Wien vor den Folgen von Sparmaßnahmen für betroffene Gruppen und Kinder.



Vienna, Österreich - Am 11. April 2025 warnt die Armutskonferenz vor der wachsenden Ungleichheit zwischen Arm und Reich, die durch aktuelle Sparmaßnahmen und ungünstige Wirtschaftsaussichten noch verstärkt wird. Insbesondere die diakonie-sozialexperte Martin Schenk hebt hervor, dass die finanziellen Belastungen stark ungleiche Auswirkungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen haben werden. Der Armutsbericht zeigt deutlich, dass die untersten Einkommensschichten, insbesondere die untersten 50% der Bevölkerung, stark von Budgetkonsolidierungsmaßnahmen betroffen sind. Der Zugang zu sozialen Leistungen und

grundlegenden Hilfen könnte gefährdet werden.

Die Caritas-Generalsekretärin Anna Parr fordert daher, dass „benachteiligte Gruppen“ nicht überproportional belastet werden dürfen. Besondere Bedenken gibt es bezüglich der Streichung von Klimaboni und Energiehilfen, die für viele Haushalte von entscheidender Bedeutung sind. Diese Einschnitte könnten insbesondere Familien mit Kindern stark betreffen, die durch die geplante Reform der Sozialhilfe, darunter die Anrechnung der Familienbeihilfe, in ihrer Existenz gefährdet werden. Die Volkshilfe hebt hervor, dass die Kindergrundsicherung potenziell eine Verbesserung darstellen könnte, jedoch vor möglichen Verschlechterungen im Bereich der Sozialhilfe gewarnt wird.

Einkommens- und Vermögensungleichheit als zentrales Problem

Die aktuelle Diskussion über soziale Ungleichheit wird durch die Tatsache untermauert, dass in Deutschland die obere Einkommensschicht 28% des Einkommens und fast 60% des Vermögens besitzt. Gleichzeitig gehört zu den ärmsten 50% der Bevölkerung weniger als 24% des gesamten Bruttoerwerbseinkommens. Diese Ungleichverteilung hat gravierende Folgen für die Lebensumstände und Teilhabechancen in der Gesellschaft. Forschung zeigt, dass wirtschaftliche Vorteile oft über Generationen vererbt werden, was zu einer weiteren Verfestigung sozialer Ungleichheit führt.

Die Armutsrisikoquote beschreibt, wie viele Menschen weniger als 60% des Medianeinkommens zur Verfügung haben. In den letzten Jahren ist dieses Risiko gestiegen, insbesondere unter Alleinerziehenden, Arbeitslosen und Rentnern. Im Jahr 2021 lag die Armutsquote bei 16%, während sie im Jahr 2022 auf 15% sank. Doch die Anzeichen für eine dauerhafte Verbesserung sind schwach; die Armutsrisiken und die Abstände zu den Armutsgrenzen haben seit 2020 zugenommen – unter anderem auch aufgrund steigender Lebenshaltungskosten.

Gesellschaftliche Auswirkungen und zukünftige Entwicklungen

Die Armutskonferenz konzentriert sich nicht nur auf unmittelbare Einsparmaßnahmen, sondern warnt auch vor den langfristigen gesellschaftlichen Auswirkungen. Besonders betroffen sind Menschen mit Behinderungen, die auf eine erhöhte Familienbeihilfe angewiesen sind, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Kritiker bemängeln die Einschränkungen bei den Zuverdienstmöglichkeiten während der Arbeitslosigkeit und fordern eine Überarbeitung der geplanten Ausnahmen für langzeitarbeitslose Personen. Wie der Armutsbericht verdeutlicht, ist eine signifikante Anzahl an Menschen von Wohnungslosigkeit bedroht, sollte es zu starken Einkommensenkungen kommen.

Der Wohnungssektor könnte durch positive Regelungen, wie den „housing-first“-Ansatz und einen Mietpreisdeckel, entlastet werden. Dennoch bleibt abzuwarten, wie erfolgreich konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Ungleichheit umgesetzt werden können. Vorschläge zur Bekämpfung der sozialen Ungleichheit, wie die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Erhöhung des Mindestlohns und die Einführung einer Vermögenssteuer, sind dringend erforderlich, um die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland zu verringern.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Herausforderungen und Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft weiter wachsen, und dass Lösungen nicht nur politisch diskutiert, sondern auch konsequent in die Tat umgesetzt werden müssen. Weitere Informationen und tiefere Einblicke sind in den Berichten der **Vienna**, **bpb**, und **bpb** zu finden.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Vienna, Österreich

Details	
Quellen	• www.vienna.at • www.bpb.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at